

## PPP-Newsletter Nr. 11/2008 des BWI-Bau vom 29.05.2008

### Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Stadt Euskirchen.** Baukonzession Wellnessbad.  
Die Stadt Euskirchen beabsichtigt, ein Wellnessbad mit integriertem Schul- und Sporthallenbad einschließlich der Außen- und Kfz-Stellplatzanlagen nach ihren Anforderungen von einem privaten Investor planen, finanzieren, bauen, errichten, betreiben und unterhalten zu lassen (vgl. *PPP-Newsletter 8/2008 vom 18.04.2008*). Geplantes Investitionsvolumen: ca. 15 bis 25 Mio. Euro.  
Schlusstermin für die Einreichung der Bewerbungen: 14.07.2008. Dokumentnummer im TED: 131746-2008.  
**Weitere Informationen:** <http://www.euskirchen.de/index.php?id=47>

### Vorinformationen

- **Stadt Reinfeld.** Sporthalle.  
Planung, schlüsselfertige Errichtung und Finanzierung einer Zweifeldsporthalle (18 m x 36 m) einschließlich Abriss des Bestands im Rahmen eines PPP-Modells.  
Voraussichtlicher Beginn des Vergabeverfahrens: 18.6.2008.  
Dokumentnummer im TED: 131594-2008.
- **Hochtaunuskreis.** Klinikbauten.  
Der Kreisausschuss des Hochtaunuskreises hat einen Grundsatzbeschluss zum PPP-Neubau der Krankenhäuser in Bad Homburg und Usingen gefasst. Das Land Hessen wird sich mit bis zu 70 Mio. Euro an den Neubauten beteiligen. Das Gesamtbauvolumen wird auf 140 Mio. Euro veranschlagt, weitere 30 Mio. Euro sind für Ausstattung und Medizintechnik nötig. Jetzt müssen noch der Haupt- und Finanzausschuss und der Kreistag der PPP-Variante zustimmen.  
**Quelle:** <http://www.hochtaunuskreis.de/> (Pressemitteilung vom 21.05.2008)
- **Gemeinde Ense (Kreis Soest).** Schule.  
Es wird die kostenträchtigste Hochbaumaßnahme, die von der Gemeinde in den nächsten Jahren zu schultern ist: Die Conrad-von-Ense-Schule muss für den Realschulzweig erweitert und die bestehenden Gebäudekomplexe renoviert werden. Bauvolumen ca. 7 Mio. Euro. Im Rahmen einer Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist jetzt ein Wirtschaftlichkeitsvorteil einer PPP-Lösung von 12% im Vergleich zur konventionellen Realisierung errechnet worden.  
**Quelle:** <http://www.gemeinde-ense.de/index.php?pdid=293&fnid=173&bfstyle=0>
- **Stadt Schwäbisch-Gmünd.** Schulen.  
Vor gut einem Jahr hatte der Gemeinderat in Schwäbisch Gmünd beschlossen, den Ausbau und die Bewirtschaftung von drei Schulen (nebst einer zentralen Kochküche) als PPP-Projekt zu realisieren (vgl. *PPP-Newsletter 13/2007 vom 13.06.2007*). Im Rahmen der Vorbereitung der Ausschreibung ist man zum Entschluss gelangt, den Leistungsumfang zu erweitern. Nunmehr sollen fünf Schulen nebst der Kochküche im Rahmen eines PPP-Projekts ausgebaut und saniert werden. Die Investitionskosten steigen damit von rd. 5 Mio. Euro auf ca. 18 Mio. Euro. Am 07.05.2008 hat der Gemeinderat grünes Licht gegeben. **Quelle:** <http://www.schwaebisch-gmuend.de/>

### Zuschlagserteilungen

- **Land Brandenburg.** Neubau Finanzministerium.  
Das brandenburgische Finanzministerium erhält einen PPP-Neubau in Potsdam. Den Zuschlag erhielt ein Konsortium unter Führung der **Züblin Development GmbH**. Weitere Partner sind die brandenburgische Niederlassung der Ed. Züblin AG, die Niersberger Gebäudemanagement GmbH und Co. KG und die Facility Management Nord GmbH angehören. Gesamtbaukosten: 15 Mio. Euro.  
**Quelle:** <http://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb2.c.496130.de>
- **Landkreis Stade.** Berufschulzentrum.  
Das größte Berufschulzentrum Niedersachsens im Landkreis Stade wird im Rahmen eines PPP-Inhabermodells von der **CommerzReal** sowie den mittelständischen Bauunternehmen **Lindemann** und **August Prien** saniert und erweitert. Gesamtinvestitionskosten: 22 Mio. Euro.  
**Quelle:** [http://www.vbd-beratung.de/aktuell\\_artikel77.php](http://www.vbd-beratung.de/aktuell_artikel77.php)



- **Brisbane (Australien).** Straßenbau.  
**Hochtief** kann in Australien einen Projekterfolg für umgerechnet mehr als 2,9 Mrd. Euro verbuchen: In Brisbane wurde das Konsortium BrisConnections um die Hochtief-Töchter Thies und John Holland zum bevorzugten Bieter für den Airport Link ernannt. Das Konsortium plant, baut, finanziert, besitzt und betreibt die fast sieben Kilometer lange Mautstraße (davon fünf Kilometer unterirdisch). Zum Gesamtprojekt gehören noch zwei weitere Straßenbaumaßnahmen, die vom Konsortium geplant und gebaut werden. **Quelle:** <http://www.hochtief.de/hochtief/200.jhtml?pid=7995>

#### Weitere Informationen

- **Stadt Trier.** PPP-Verfahren soll fortgesetzt werden.  
Der Stadtvorstand hat beschlossen, dem Stadtrat die Fortsetzung des begonnenen PPP-Verfahrens zur Sanierung des Südbads zu empfehlen (vgl. *PPP-Newsletter 10/2008 vom 16.05.2008*). Die Verhandlungen mit dem verbleibenden Bieter sollen unverzüglich aufgenommen werden. Gegen eine Fortsetzung des jetzigen PPP-Verfahren sprach sich derweil der Landesrechnungshof aus, man sehe zu "hohe Risiken", hieß es.  
**Quelle:** <http://www.16vor.de/index.php/2008/05/26/sudbad-stadt-setzt-weiter-auf-ppp/>
- **Land Schleswig-Holstein.** Ausbau A 7 – Einstieg bei der DEGES.  
Weichenstellung für den zügigen Ausbau der A 7 zwischen der Hamburger Landesgrenze und dem Bordscholmer Dreieck: Wie Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Dietrich Austermann in Kiel mitteilte, hat das Kabinett am 27. Mai 2008 beschlossen, Geschäftsanteile an der DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und bau GmbH) zu erwerben und der Gesellschaft zugleich den Auftrag für die Vorbereitung des Projekts zu erteilen. Als Grund für den Einstieg des Landes bei der DEGES nannte Austermann vor allem Planungs-Engpässe beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH). Wie Austermann weiter sagte, ist der rund 250 Millionen Euro teure Ausbau der A 7 in Form eines A-Modells vorgesehen.  
**Quelle:** <http://www.schleswig-holstein.de/MWV/DE/Service/Presse/PI/2008/080527Deges.html>
- **Bilfinger Berger.** Übernahme der M+W Zander Facility Management.  
Bilfinger Berger übernimmt die Facility Management-Aktivitäten von M+W Zander und wird dadurch nach eigenen Angaben zum größten deutschen Anbieter für integriertes Gebäudemanagement. M+W Zander FM beschäftigt 4.300 Mitarbeiter, erbringt eine Jahresleistung von rund 500 Mio. Euro und bietet technisches, kaufmännisches und infrastrukturelles FM aus einer Hand an.  
**Quelle:** <http://www.bilfinger.de/C125710E004ABFC5/CurrentBaseLink/W27ETKY9060DEBBDE>
- **Strabag.** Aktienpaket am Mautausstatter Efkon und Vollerwerb der Mautautobahn M5.
  - Die Strabag übernimmt ein substanzielles Aktienpaket knapp unter der Mehrheit am Mautausstatter Efkon. Die Efkon AG ist in sämtlichen ITS (Intelligent Transportation Systems)-Segmenten wie elektronischer Mauteinhebung, Verkehrsleit- und Verkehrslenksysteme sowie Überwachungssysteme und Verkehrstelematik tätig ist.
  - Des Weiteren hat die Strabag den Vollerwerb der M5 Autobahnkonzession in Ungarn beschlossen. Bisher hielt Strabag rd. 25% an der Konzessionsgesellschaft. Die Konzession läuft bis 2031.**Quelle:** <http://www.strabag.com/>
- **Ulf R. Siebel / Jan-Hendrik Röver / Christian Knütel (Hrsg.).** Rechtshandbuch Projektfinanzierung und PPP.  
Im April 2008 ist das „Rechtshandbuch Projektfinanzierung und PPP“ in zweiter, vollkommen überarbeiteter und stark erweiterter Auflage erschienen. Es behandelt die Finanzierungsmöglichkeiten von Bau- und Infrastrukturprojekten und die damit verbundenen rechtlichen Probleme.  
ISBN 978-3-8041-5166-6 (Werner Verlag).  
**Weitere Informationen:** <http://shop.wolterskluwer.de/wkd/product/00125166000/>

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280; Fax: 0211 / 6703-282  
<http://www.BWI-Bau.de>  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **VK Brandenburg, Beschluss vom 28. Januar 2008 - VK 59/07**  
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2493>

### Umsatzsteuer ist Bieterisiko

Die Vergabestelle schrieb Abfallentsorgungsdienstleistungen im Offenen Verfahren aus. Der Zuschlag sollte auf das Angebot mit dem niedrigsten Preis erteilt werden. Sämtliche Preise sollten als Bruttopreise angegeben werden. Die Vergabestelle wies darauf hin, dass der Auftragnehmer im Hinblick auf die bei der Verwertung der Abfälle zu erwartenden Erlöse auf eine korrekte Zugrundelegung der steuerlich relevanten Bemessungsgrundlagen unter Berücksichtigung der aktuellen finanzbehördlichen und -gerichtlichen Spruchpraxis zu achten habe. Er haftete für die steuerliche Richtigkeit der von ihm im Leistungsverzeichnis ausgewiesenen Brutto-Entgelte. Die Antragstellerin rügte u.a., dass nicht zu ersehen sei, ob eine Verrechnung der Verwertungserlöse vor oder nach Berechnung der Umsatzsteuer auf die Logistikleistungen stattzufinden habe. Dies sei jedoch von hoher Kalkulations- und Wettbewerbsrelevanz.

Die Vergabekammer wertete den Nachprüfungsantrag bzgl. des umsatzsteuerlichen Risikos als unbegründet. Den Bietern werde durch die Ausschreibung kein ungewöhnliches Wagnis im Sinne von § 8 Nr. 1 Abs. 3 VOL/A aufgebürdet. Nach dieser Bestimmung soll dem Auftragnehmer kein ungewöhnliches Wagnis aufgebürdet werden für Umstände und Ereignisse, auf die er keinen Einfluss hat und deren Einwirkung auf die Preise und Fristen er nicht im Voraus schätzen kann. Diese Voraussetzungen lägen im Streitfall nicht vor. Das Vorliegen eines vergaberechtswidrigen ungewöhnlichen Wagnisses sei an zwei Voraussetzungen geknüpft, nämlich zum einen an das Vorhandensein von Umständen, auf die der Bieter keinen Einfluss hat, und zum anderen die Auswirkung dieser Umstände auf die Preiskalkulation des Bieters. Die Umsatzsteuer sei vorliegend Bestandteil des vom Bieter zu bestimmenden Angebotspreises. Der Bieter berechne den Preis für seine Leistung und hat damit auch Einfluss auf die Berechnung der Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer sei aber ein typisches Risiko eines Unternehmers, gehöre zu seiner Sphäre und stelle sich damit nicht als ungewöhnliches, sondern vielmehr gewöhnliches Wagnis dar. Zweifel oder Unklarheiten bei der Berechnung der Umsatzsteuer habe der Bieter - ggf. durch Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Finanzamt - zu beseitigen.

Bei PPP-Ausschreibungen wird bieterseitig häufig vorgetragen, dass die steuerliche Beurteilung durch das zuständige Finanzamt nicht vorhersehbar sei, weshalb die Vergabestelle das Risiko tragen solle. Die vorstehende Entscheidung stärkt zunächst die Position der Auftraggeber, die das Steuerisiko allgemein und speziell das Umsatzsteuerisiko pauschal auf Seiten der Bieter sehen. Diese Auffassung ist zumindest in den Fällen gerechtfertigt, wenn die Bieter eigene Vertragsmodelle anbieten und somit steuerrechtliche Gestaltungsspielräume haben. Wenn jedoch ein Auftraggeber allen Bietern die Vertragstexte verbindlich vorgibt, so dass alle Bieter das steuerrechtliche Risiko bei der Beurteilung dieser Unterlagen gleichermaßen teilen, sollte der Auftraggeber zumindest die Umsatzsteuerpflichtigkeit bei kritischen Punkten (z.B. auf die Zinsen) vorab prüfen und das erwartete Ergebnis als Geschäftsgrundlage vertraglich vereinbaren.

Mütze Korsch Rechtsanwalts-gesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkrq.com](mailto:berger@mkrq.com)  
[www.mkrq.com](http://www.mkrq.com)

